

Meinungen zur Gesundheitspolitik

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

20. März 2025

F25.0070/44644 Mü, Vs

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	1
1 Meinungen zur Nutzung der Krankenkassenbeiträge.....	2
2 Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Krankenkassen	6
3 Stellenwert von Präventionsleistungen.....	8
4 Meinungen zur Versorgungsqualität	9
5 Sorgen im Falle der eigenen Pflegebedürftigkeit.....	11
6 Meinungen zur Entlohnung pflegender Angehöriger.....	13
7 Stellenwert des Themas Gesundheit und Pflege in der Politik.....	14

Vorbemerkung

Im Auftrag des BKK Dachverbands hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH eine repräsentative Befragung zum Thema „Gesundheitspolitik“ unter der deutschsprachigen Bevölkerung ab 18 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt.

Im Rahmen der Befragung wurden unter anderem Meinungen zur Nutzung der Krankenkassenbeiträge, Sorgen im Falle der eigenen Pflegebedürftigkeit sowie Meinungen zum Stellenwert des Themas Gesundheit und Pflege in der Politik ermittelt.

Insgesamt wurden 1.002, nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte, Bundesbürger und Bundesbürgerinnen ab 18 Jahren befragt.

Die Erhebung wurde vom 12. bis 18. März 2025 mithilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt.

Die Untersuchungsergebnisse werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland übertragen werden.

1 Meinungen zur Nutzung der Krankenkassenbeiträge

Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind deutlich gestiegen. Der derzeitige Gesamtbeitragssatz liegt bei durchschnittlich 17,5 Prozent.

Nur 7 Prozent der Befragten denken, dass die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge zu einer Verbesserung der Gesundheitsversorgung gesetzlich Krankensicherter führt.

46 Prozent glauben, die Qualität der Gesundheitsversorgung werde sich dadurch nicht wesentlich verändern.

Ebenso viele (45 %) sind der Meinung, dass sich die Gesundheitsversorgung trotz höherer Beiträge verschlechtern wird.

Zwischen den unterschiedlichen Analysegruppen zeigen sich dabei keine nennenswerten Unterschiede.

Verbesserung der Gesundheitsversorgung durch höhere Beiträge?

Es meinen, dass die höheren Krankenkassenbeiträge zu einer Verbesserung der Gesundheitsversorgung führen

		ja, Verbesserung der Gesundheits- versorgung	wird sich nicht wesentlich verändern	nein, Gesundheitsver- sorgung wird sich trotz der höheren Beiträge verschlechtern
		%	%	%
insgesamt		7	46	45
Ost		9	38	51
West		7	47	44
Männer		5	47	46
Frauen		9	44	45
18- bis 29-Jährige		11	48	41
30- bis 44-Jährige		8	43	48
45- bis 59-Jährige		5	42	50
60 Jahre und älter		7	49	43
Bildungsgrad:	niedrig/mittel	7	42	50
	hoch	7	47	44
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	7	46	47
	20.000 bis unter 100.000	8	44	46
	100.000 und mehr	7	46	43

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Um gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie z. B. den Umbau der Krankenhauslandschaft zu finanzieren, nutzt die Bundesregierung in den letzten Jahren verstärkt die Krankenkassenbeiträge, obwohl diese eigentlich für Leistungen der Krankenkassen zweckgebunden sind. Jedoch dürfen Krankenkassen dagegen nicht vor dem Bundesverfassungsgericht klagen.

Die Mehrheit der Befragten (81 %) ist der Meinung, dass die Krankenkassen als Treuhänder der Beitragsgelder die Möglichkeit erhalten sollten, gegen die Zweckentfremdung von Beitragsgeldern durch den Staat klagen zu dürfen.

Gut jede bzw. jeder zehnte Befragte (12 %) denkt, die Krankenkassen sollten diese Möglichkeit nicht erhalten.

Befragte ab 45 Jahren meinen häufiger als die Jüngeren, dass die Krankenkassen die Möglichkeit erhalten sollten, gegen die Zweckentfremdung der Beitragsgelder klagen zu dürfen.

Klagerecht bei Zweckentfremdung von Beitragsgeldern?

Die gesetzlichen Krankenkassen sollten als Treuhänder der Beitragsgelder die Möglichkeit erhalten, gegen die Zweckentfremdung von Beitragsgeldern durch den Staat klagen zu dürfen

		ja, sollten diese Möglichkeit erhalten	nein, sollten diese Möglichkeit nicht erhalten
		%	%
insgesamt		81	12
Ost		87	9
West		80	13
Männer		82	12
Frauen		80	12
18- bis 29-Jährige		73	18
30- bis 44-Jährige		78	16
45- bis 59-Jährige		86	8
60 Jahre und älter		83	10
Bildungsgrad:	niedrig/mittel	83	9
	hoch	79	14
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	83	11
	20.000 bis unter 100.000	82	13
	100.000 und mehr	77	13

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2 Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Krankenkassen

Für eine finanzielle Entlastung der Krankenkassen und zur Stabilisierung der Beitragssätze der Versicherten befürwortet die Hälfte der Bundesbürger (52 %) eine Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen, d. h. die Ausgaben der Krankenkassen sollten nur so hoch sein wie ihre Einnahmen.

42 Prozent bejahen eine ausschließliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die nicht direkt mit der medizinischen Versorgung der Versicherten zusammenhängen, durch Steuermittel.

Dass das Leistungsangebot der gesetzlichen Krankenkassen gekürzt werden sollte, um die Krankenkasse zu entlasten und die Beitragssätze zu stabilisieren, befürwortet knapp jeder bzw. jede zehnte Befragte (9 %).

16 Prozent halten keine der genannten Maßnahmen für sinnvoll.

Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Krankenkassen I

Zur finanziellen Entlastung der Krankenkassen und Stabilisierung der Beitragssätze der Versicherten, befürworten folgende Maßnahmen:	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%
Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen, d. h. die Ausgaben der Krankenkassen sollten nur so hoch sein wie ihre Einnahmen	52	50	54	52	49	49	55
Ausschließliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die nicht direkt mit der medizinischen Versorgung der Versicherten zusammenhängen, durch Steuermittel	42	44	39	38	43	48	39
Kürzung des Leistungsangebots der gesetzlichen Krankenkassen	9	10	9	6	12	7	11
nichts davon	16	17	16	17	18	18	12

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Befragte aus Ostdeutschland sowie Befragte mit niedriger oder mittlerer formaler Bildung befürworten häufiger eine Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen als Westdeutsche und formal höher Gebildete.

Formal höher Gebildete befürworten dagegen häufiger eine ausschließliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch Steuermittel.

Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Krankenkassen II

Zur finanziellen Entlastung der Krankenkassen und Stabilisierung der Beitragssätze der Versicherten, befürworten folgende Maßnahmen:	insgesamt	Ost	West	Bildungsgrad:		Ortsgröße (Einwohner):		
				niedrig/ mittel	hoch	unter 20.000	20.000 bis unter 100.000	100.000 und mehr
	%	%	%	%	%	%	%	%
Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen, d. h. die Ausgaben der Krankenkassen sollten nur so hoch sein wie ihre Einnahmen	52	60	50	56	48	47	57	53
Ausschließliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die nicht direkt mit der medizinischen Versorgung der Versicherten zusammenhängen, durch Steuermittel	42	38	42	32	50	42	39	44
Kürzung des Leistungsangebots der gesetzlichen Krankenkassen	9	10	9	7	11	5	9	14
nichts davon	16	15	16	19	14	21	10	15

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

3 Stellenwert von Präventionsleistungen

Derzeit werden nur rund drei Prozent der gesamten Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Präventionsleistungen ausgegeben. 97 Prozent der Leistungsausgaben entfallen auf die Behandlung von Krankheiten.

Gut drei Viertel der Befragten (77 %) meinen, Prävention sollte künftig einen größeren Stellenwert bei den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen einnehmen als bisher.

19 Prozent sprechen sich dagegen aus.

Zwischen den verschiedenen Analysegruppen zeigen sich dabei keine nennenswerten Unterschiede.

Stellenwert von Präventionsleistungen

		Es meinen, Prävention sollte einen größeren Stellenwert bei den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen einnehmen als bisher	
		ja	nein
		%	%
insgesamt		77	19
Ost		73	19
West		77	19
Männer		77	18
Frauen		76	20
18- bis 29-Jährige		78	15
30- bis 44-Jährige		80	15
45- bis 59-Jährige		76	21
60 Jahre und älter		74	22
Bildungsgrad:	niedrig/mittel	74	20
	hoch	78	19
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	75	20
	20.000 bis unter 100.000	76	22
	100.000 und mehr	78	15

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4 Meinungen zur Versorgungsqualität

In Deutschland wird der Behandlungserfolg bislang nicht als Kriterium für die Vergütung von Ärzten und Kliniken berücksichtigt.

59 Prozent sind der Auffassung, dass die Vergütung künftig qualitätsabhängig gestaltet werden sollte, überdurchschnittlich häufig die unter 30-Jährigen.

Jeder bzw. jede Dritte (32 %) ist nicht dieser Meinung und findet die Vergütung sollte sich weiterhin ausschließlich an der Zahl der Behandlungsfälle bzw. der Menge der erbrachten Leistungen orientieren.

Meinungen zur Art der Vergütung von Ärzten und Kliniken

Es meinen, die Vergütung von Ärzten und Kliniken sollte

		vorrangig qualitätsabhängig gestaltet werden	sich weiterhin ausschließlich an der Zahl der Behandlungsfälle bzw. der Menge der erbrachten Leistungen orientieren
		%	%
insgesamt		59	32
Ost		65	27
West		58	33
Männer		59	32
Frauen		58	32
18- bis 29-Jährige		67	23
30- bis 44-Jährige		59	37
45- bis 59-Jährige		57	34
60 Jahre und älter		56	32
Bildungsgrad:	niedrig/mittel	60	32
	hoch	58	33
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	57	34
	20.000 bis unter 100.000	59	30
	100.000 und mehr	60	32

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Oft sind Patientinnen und Patienten darauf angewiesen, dass verschiedene Versorgungsbereiche wie etwa Arztpraxen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bei ihrer Behandlung zusammenarbeiten. Bislang müssen sie sich häufig selbst darum kümmern.

Die große Mehrheit der Befragten (82 %) ist der Ansicht, dass die verschiedenen Versorgungsbereiche dazu verpflichtet werden sollten, die Behandlung und Versorgung ihrer Patienten und Patientinnen gemeinsam und abgestimmt zu erbringen.

16 Prozent denken, dies sei nicht erforderlich.

Zusammenarbeit verschiedener Versorgungsbereiche

Es meinen, die verschiedenen Versorgungsbereiche sollten dazu verpflichtet werden, die Behandlung und Versorgung ihrer Patienten und Patientinnen gemeinsam und abgestimmt zu erbringen

		ja, sollten dazu verpflichtet werden %	nein, nicht erforderlich %
insgesamt		82	16
Ost		84	13
West		81	16
Männer		81	17
Frauen		83	14
18- bis 29-Jährige		76	20
30- bis 44-Jährige		82	15
45- bis 59-Jährige		82	16
60 Jahre und älter		84	14
Bildungsgrad:	niedrig/mittel	84	14
	hoch	80	17
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	80	17
	20.000 bis unter 100.000	82	14
	100.000 und mehr	84	15

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

5 Sorgen im Falle der eigenen Pflegebedürftigkeit

Gut die Hälfte der Befragten (54 %) macht sich eher große (4) oder sehr große (5) Sorgen, im Falle der eigenen Pflegebedürftigkeit keine angemessene Versorgung zu erhalten.

Dass sie sich diesbezüglich keine (1) oder wenige (2) Sorgen machen, gibt rund jede bzw. jeder Vierte an (24 %).

Ostdeutsche, Frauen, Befragte ab 30 Jahren sowie formal mittel oder niedrig Gebildete machen sich vergleichsweise häufig sehr große Sorgen (5), im Falle einer Pflegebedürftigkeit keine angemessene Versorgung zu erhalten.

Sorgen um die eigene Versorgung bei Pflegebedürftigkeit

Es sorgen sich, dass sie im Falle einer Pflegebedürftigkeit keine angemessene Versorgung erhalten

	1 = keine	2	3	4	5 = sehr große	
	%	%	%	%	%	
insgesamt	11	13	22	28	26	
Ost	6	10	24	26	33	
West	11	14	21	28	25	
Männer	12	17	22	28	21	
Frauen	9	9	22	28	32	
18- bis 29-Jährige	7	20	29	32	12	
30- bis 44-Jährige	11	9	20	32	27	
45- bis 59-Jährige	8	10	15	33	34	
60 Jahre und älter	13	15	24	20	28	
Bildungsgrad:	niedrig/mittel	9	9	23	25	34
	hoch	12	16	20	30	22
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	9	14	18	33	25
	20.000 bis unter 100.000	9	13	23	26	29
	100.000 und mehr	13	12	25	23	27

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Über ihre finanzielle Sicherheit bei eigener Pflegebedürftigkeit sorgen sich mehr Befragte als über die Qualität ihrer Versorgung.

Knapp zwei Drittel (64 %) machen sich sehr bzw. eher große Sorgen (4+5), dass sie im Falle von persönlicher Pflegebedürftigkeit in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnten.

Insgesamt 19 Prozent sorgen sich diesbezüglich nicht (1) oder nur wenig (2).

Sehr große Sorgen (5) um ihre finanzielle Sicherheit bei persönlicher Pflegebedürftigkeit machen sich insbesondere die Ostdeutschen, die Frauen, die 45- bis 59-Jährigen sowie die Befragten mit formal niedrigem oder mittlerem Bildungsgrad.

Sorgen um die finanzielle Sicherheit bei Pflegebedürftigkeit

Es sorgen sich, dass sie im Falle von persönlicher Pflegebedürftigkeit in finanzielle Schwierigkeiten geraten könnten

	1 = keine	2	3	4	5 = sehr große	
	%	%	%	%	%	
insgesamt	11	8	17	24	40	
Ost	7	3	15	21	54	
West	11	9	17	24	38	
Männer	13	10	19	24	34	
Frauen	9	7	14	24	46	
18- bis 29-Jährige	6	9	17	35	33	
30- bis 44-Jährige	13	6	8	32	41	
45- bis 59-Jährige	8	7	19	17	48	
60 Jahre und älter	13	10	21	18	37	
Bildungsgrad:						
	niedrig/mittel	6	6	15	19	52
	hoch	13	10	18	26	33
Ortsgröße (Einwohner):						
	unter 20.000	9	9	17	26	38
	20.000 bis unter 100.000	9	8	18	21	43
	100.000 und mehr	14	7	16	23	40

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

6 Meinungen zur Entlohnung pflegender Angehöriger

Pflegende Angehörige müssen aufgrund ihrer zeitintensiven Pflēgetätigkeit zum Teil erhebliche Einkommenseinbußen im Beruf hinnehmen und sind mitunter auch rentenrechtlich benachteiligt.

Fast alle Befragten (92 %) sind dafür, dass pflegende Angehörige künftig mit einem Pflegelohn entlohnt werden, der diese Nachteile ausgleicht.

Nur wenige (7 %) sind gegen solch einen Pflegelohn.

Pflegelohn für pflegende Angehörige?

		Es sind dafür, dass pflegende Angehörige künftig mit einem Pflegelohn entlohnt werden	
		dafür	dagegen
		%	%
insgesamt		92	7
Ost		94	5
West		91	8
Männer		89	9
Frauen		94	5
18- bis 29-Jährige		94	6
30- bis 44-Jährige		91	9
45- bis 59-Jährige		91	8
60 Jahre und älter		92	6
Bildungsgrad:	niedrig/mittel	94	5
	hoch	90	9
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	93	6
	20.000 bis unter 100.000	93	6
	100.000 und mehr	90	10

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

7 Stellenwert des Themas Gesundheit und Pflege in der Politik

Mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen, die die CDU/CSU und die SPD aufgenommen haben, glauben nur 8 Prozent der Bundesbürger und -bürgerinnen, dass das Thema Gesundheit und Pflege ausreichend Berücksichtigung findet.

Die große Mehrheit der Befragten (85 %) glaubt das nicht.

Berücksichtigung des Themas Pflege und Gesundheit bei den aktuellen Koalitionsverhandlungen

Es glauben, dass das Thema Gesundheit und Pflege bei den Koalitionsverhandlungen ausreichend berücksichtigt wird

		ja, glaube, dass das Thema ausreichend berücksichtigt wird	nein, glaube nicht, dass das Thema ausreichend berücksichtigt wird
		%	%
insgesamt		8	85
Ost		6	89
West		8	85
Männer		9	84
Frauen		7	87
18- bis 29-Jährige		6	91
30- bis 44-Jährige		5	85
45- bis 59-Jährige		8	87
60 Jahre und älter		10	82
Bildungsgrad:	niedrig/mittel	7	87
	hoch	8	85
Ortsgröße (Einwohner):	unter 20.000	9	87
	20.000 bis unter 100.000	7	85
	100.000 und mehr	7	85

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“